FOLTER

Ermittlungen in Madrid

Es ist genau das, wovor Berater und Geheimdienstmitarbeiter US-Präsident Barack Obama wiederholt gewarnt hatten: Die neue amerikanische Politik der Transparenz könnte nun rechtliche Konsequenzen für die USA haben. Nachdem Obama Mitte April vier als geheim eingestufte Memoranden zu Foltermethoden unter der Regierung von George W. Bush veröffentlichen ließ, will der prominente spanische Richter Baltasar Garzón jetzt Ermittlungen gegen Angehörige des US-Militärs, der CIA sowie gegen Mitglieder der Bush-Regierung einleiten. Die veröffentlichten Dokumente, so erklärte Garzón am vergangenen Mittwoch, würden eindeutig belegen, „was bis dahin nur ein Verdacht war: Es gab einen autorisierten und systematischen Plan für Folter von Personen, denen man ohne Anklage die Freiheit raubte“. Weil bislang kein unabhängiges US-Gericht diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufklärt, will Garzón die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Nach dem in Spanien gültigen Prinzip universeller Rechtsprechung ist das möglich. So gelang es dem unbeugsamen Richter 1998, den chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet während dessen Aufenthalt in London festnehmen zu lassen. Das könnte bei einer Aufnahme des Verfahrens dann auch dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Dick Cheney oder Ex-Außenministerin Condoleezza Rice passieren. Beide hatten die Folterpraxis abgesegnet, Rice schon im Sommer 2002, wie vergangene Woche bekannt wurde. Garzón stützt sich auch auf die Schilderungen von vier ehemaligen Guantanamo-Insassen, die angeben, während ihrer Haft gefoltert worden zu sein. Einer von ihnen ist der sogenannte spanische Taliban Hamed Abderramán. Er sagte aus, auch spanische Polizeibeamte hätten ihn in Guantanamo befragt und gesehen, in welch schlechtem Zustand er durch die Folterungen gewesen sei, sich darum aber überhaupt nicht gekümmert. „Der einzige Weg für Obama, die spanischen Ermittlungen noch zu verhindern, ist, selbst strafrechtlich relevante Untersuchungen einzuleiten“, sagt Michael Ratner vom New Yorker Center for Constitutional Rights.

Häftling in Guantanamo

Garzón

BRENNAN LINSLEY / AP (L.); ROBERTO RIBEIRO / AFP (R.)

BRASILIEN

Angeschlagene Lady

Anderthalb Jahre vor den Präsidentschaftswahlen droht eine Schlammschlacht um die Nachfolge des überaus beliebten Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, der nach zwei Amtszeiten nicht wieder kandidieren darf. Lulas Favoritin für das Präsidentenamt, seine Kabinettschefin Dilma Rousseff, ist an Lymphdrüsenkrebs erkrankt und muss sich einer Chemotherapie unterziehen. Öffentliche Auftritte wird sie in den kommenden Monaten wohl dramatisch reduzieren müssen. In Lulas Arbeiterpartei und bei seinen Verbündeten werden bereits Alternativen für ihre Kandidatur diskutiert, obwohl der Staatschef ihr öffentlich weiterhin seine Unterstützung zusichert. Rousseff, eine ehemalige Guerilla-Kämpferin, gilt als hart und wenig charismatisch, ohne Lulas Hilfe hätte sie als Präsidentschaftskandidatin kaum eine Chance. Jüngst unterzog sie sich einer Schönheitsoperation, um ihr Image als „eiserne Lady“ aufzubessern. Ärzte versicherten vergangene Woche, die Krebserkrankung der Politikerin, mit der sich Lula demonstrativ in der Öffentlichkeit zeigte, sei zu 90 Prozent heilbar. Der Präsident hatte ursprünglich seinen ehemaligen Finanzminister Antonio Palocci als Nachfolger aufbauen wollen, doch dessen Kandidatur ließ sich nach einem Korruptionsskandal nicht mehr durchsetzen. In der Arbeiterpartei gibt es außer Rousseff keine mehrheitsfähigen Anwärter für Lulas Nachfolge. Dessen Anhänger spekulieren jetzt, dass er womöglich einen Kandidaten einer anderen Partei unterstützen könnte, wenn sich der Gesundheitszustand der Ministerin verschlechtern sollte. Vor allem in der mit Lula verbündeten Partei der Demokratischen Bewegung machen sich einige Politiker Hoffnung auf die Gunst des Präsidenten. Lulas Unterstützung wird eine entscheidende Rolle spielen, er genießt Zustimmungsraten von über 70 Prozent.

Rousseff, Lula

ANDRE PENNER / AP